

ENERGIEPOLITIK: Pläne des ZAKB zum Bau von Windkraftanlagen stoßen auf den Widerstand vieler Hüttenfelder

Bürger laufen Sturm

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach

HÜTTENFELD. Eine so stattliche Zuhörerkulisse ist dem Hüttenfelder Ortsbeirat nur selten vergönnt. Aber die Pläne des Zweckverbands Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB), auf dem Gelände der früheren Mülldeponie bis zu drei Windkraftanlagen zu errichten, haben offensichtlich den Unmut in Teilen der Bevölkerung erregt. Neben besorgten Bürgern verfolgten in der jüngsten Sitzung des Ortsbeirats auch Vertreter des Vereins "Pro Hüttenfeld" und der neu gegründeten Bürgerinitiative "Gegenwind" die Ausführungen der ZAKB-Spitze.

Verbandsvorsitzender und Erster Kreisbeigeordneter Thomas Metz berief sich dabei auf den Grundsatzbeschluss der Verbandsgemeinden aus dem Jahr 2009 zum Ausbau und zur Nutzung erneuerbarer Energien. Eine Information, die von Lampertheims Erstem Stadtrat Jens Klingler durch den Hinweis ergänzt wurde, die Stadtverordnetenversammlung habe sich darauf geeinigt, die Stromproduktion bis zum Jahr 2016 bis zu 20 Prozent auf erneuerbare Energien umzustellen. Ein "Votum der Politik" und ein deutliches Bekenntnis zu den Plänen des ZAKB, unterstrich Klingler, der sich auch gegen den Vorwurf der Beschwerdeführer im Auditorium verwahrte, Verwaltung und Politik hätten zu spät über das Vorhaben informiert.

ZAKB-Mitgeschäftsführer Gerhard Goliash erläuterte im Hüttenfelder Bürgerhaus das seit Jahresbeginn laufende Verfahren zum Bau einer ersten Windkraftanlage. Die Gründung auf Deponiegelände sei praxiserprobt. Der ZAKB orientiere sich dabei an den Erfahrungen auf einer ehemaligen Mülldeponie in Karlsruhe.

Gegen die Bedenken der in Hüttenfeld versammelten Bürger erklärte Goliash, das Setzungsverhalten des Geländes sei für einen Fundament-Durchmesser von 33 Metern berücksichtigt worden. Auch die Netzkapazität sei ausreichend. Die Gutachter gingen von einem mittleren Ertrag von 5500 Megawattstunden im Jahr aus. Die mittlere Windgeschwindigkeit werde mit 5,5 Metern pro Sekunde kalkuliert. Die Kostenschätzung für eine Anlage belaufe sich auf 4,8 Millionen Euro netto. Sie werde am Kapitalmarkt finanziert. Damit sei die Wirtschaftlichkeit zum Betrieb einer solchen Anlage gegeben. Außerdem seien immissionsschutz- und naturschutzrechtliche Gutachten in Auftrag gegeben worden. Derzeit sei von einer Genehmigung des Vorhabens auszugehen.

Im Ortsbeirat wurde von CDU-Mitglied Aidas Schugschdinis die Frage nach gesundheitlichen Risiken durch Infraschall gestellt. Das Phänomen trete, so Goliash, vielfach auf, etwa durch Autoverkehr. Es gebe im Blick auf Windkraftanlagen keine Hinweise für eine gesundheitliche Beeinträchtigung. Die Entfernung zu Wohngebieten hielt der ZAKB-Vertreter für ausreichend.

Verein will klagen

Bei der anschließenden Diskussion kündigte der Vorsitzende des Vereins "Pro Hüttenfeld", Werner Gaab, an: "Wir werden dagegen klagen." Der Sprecher der Bürgerinitiative "Gegenwind", Hartfrid Golf, sah in dem Vorhaben ein "absolutes Ausnahmeprojekt", gemessen an der niedrigen Windstärke und den daraus resultierenden geringen Stromerträgen. "Windräder müssen Strom bringen", forderte Golf, "sonst soll man sie nicht bauen". An die Vertreter von Stadt und ZAKB überreichte er einen Fragenkatalog mit der Bitte um schriftliche Beantwortung. Die Vertreterin des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND), Sabine Hodges, erhielt von Thomas Metz die Zusicherung, die faunistischen Gutachten würden auch den Umweltverbänden zur Stellungnahme vorgelegt.

Aufgeworfen wurde im Saal auch die Frage nach den Pachterträgen, die der ZAKB an die Stadt für die Nutzung

des Geländes entrichte. Hierüber seien mit Blick auf die künftigen Planungen noch keine Verhandlungen geführt worden, wie Bürgermeister Erich Maier mitteilte. Ein Zuhörer forderte, sich bei der Kalkulation der Windstärke nicht auf gutachterliche Schätzungen zu verlassen.

Diese und alle weiteren Bedenken würden im weiteren Genehmigungsverfahren abgearbeitet, versicherten Thomas Metz und Gerhard Goliasch. Gegenüber den Bürgern beteuerten sie: "Wir haben in dieser Sache nichts zu verbergen."

© Südhessen Morgen, Donnerstag, 07.03.2013